54. Jahrgang. Nr. 3.

Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 4. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Der Kampf der Textil-Arbeiter.

20000 Arbeiter ausgesperrt. — Beamte als Streikbrecher.

Im Eulengebirge ist zwischen den Textilbaronen und Textilarbeitern, den Nachkommen der „Weber", die Gerhard Hauptmann schilderte, der Kampf entbrannt.

Der Verband Schlesischer Textilindustrieller hat seine Drohung wahr gemacht und 20 000 Proleten auf die Straße gesetzt. Der Hohn der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung kam recht drastisch zum Ausdruck, als am „Heiligen Abend" den Tausenden von Familienvätern die Kündigung auf den Tisch flog.

Die Kapitalisten sind nicht sentimental. Fürwahr die Arbeiter könnten noch manches von der Rücksichtslosigkeit, von den nur auf ihr eignes Wohl bedachten Unternehmern lernen. Die Ausbeuter lassen sich nicht leiten von menschlichen Rücksichten. Wenn ihr Geschäft in Gefahr ist, nicht mehr die nötigen Prozente abzuwerfen, dann gehen sie rücksichtslos und brutal vor.

Die Textilarbeiter stehen seit Monaten in Lohnverhandlungen. Die ursprünglichen Forderungen sind durch die immer größer werdende Teuerung schön längst überholt. Die Textilarbeiter des Eulengebirges sind im Verhältnis zu den andern Textilgebieten besonders schlecht dran. Wurde doch den Textilarbeitern in Sachsen, Bayern, der Lausitz deren Löhne drei Mark höher sind als in Schlesien bei Lohnverhandlungen vorgeworfen, daß die Konkurrenz in Schlesien billiger arbeiten könne.

Der erhöhten Teuerung trug der Schlichtungsausschuß in Schweidnitz mit seinem Spruch nicht Rechnung. Da die Unternehmer keine weiteren Zugeständnisse machten, traten in Langenbielau vier Betriebe mit 1200 Arbeitern und im Bezirk Wüstegiersdorf mehrere Betriebe mit 2000 Arbeitern in den Streik. Die durch Auslandsgeschäfte reich und übermütig gewordenen Unternehmer beantworteten den Streik mit einer allgemeinen Aussperrung für den ganzen Eulengebirgsbezirk. Die Betriebe in Langenbielau, Peterswaldau, Reichenbach, Peilau, Neurode, Wüstewaltersdorf, Wüstegiersdorf usw. wurden stillgelegt.

Obwohl die Unternehmer in dem Bestreben, die Arbeiter zu entzweien, gewisse Berufsschichten, so die Handwerker und Transportarbeiter nicht ausgesperrt haben, sind doch auch diese Gruppen in den Sympathiestreik eingetreten.

Nach der Novemberumwälzung haben insbesondere auch die Beamten und Angestellten erkannt, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiter ist, daß sie genau so ausgebeutet und ausgequetscht werden wie diese. Leider ist es den Machenschaften der Unternehmer gelungen unter diesen verführten Elementen eine Bewegung hervorzurufen, die die Arbeiter aber nicht irre machen wird.

Aus Reichenbach wird berichtet, daß die Angestellten, die von der Aussperrung nicht betroffen wurden, und die die Auszahlung der noch stehenden Löhne, die Ausfertigung von Krankenzetteln usw. vorzunehmen hatten, daß eine Gruppe von Angestellten trotz ihrer Zusage, Streikarbeit nicht zu verrichten, dieses doch taten. Als die Arbeiter von Langenbielau dies erfuhren, gestatteten sie den Angestellten nicht mehr das Betreten der Betriebe. Die Angestellten, die es auch aus Standesdünkel ablehnten, unter Kontrolle der Betriebsräte zu arbeiten, traten daraufhin in einen „Abwehrstreik" ein.

Demzufolge konnten nicht alle Arbeiter ihren Lohn bekommen. Sie waren nicht in der Lage, trotz der hohen Beiträge zu den Krankenkassen den Arzt zu besuchen. Die bürgerlichen Kreise, die nicht genug jammern, wenn durch irgend einen Streik lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden, finden es erfreulich, wenn Proleten der geringsten Hilfsmittel für sich und ihre Familien entblößt werden.

Die Textilarbeiter im Reichenbacher Bezirk werden aber trotz alledem ihren berechtigten Kampf durchführen. Sie werden aus diesem Kampf wiederum erkennen, daß einem geschlossenen und rücksichtslosen Unternehmertum nur eine geschlossene, nicht von den Ideen der Arbeitsgemeinschaft irregeleitete Arbeiterschaft gegenübersteht.

Für die Unternehmer besteht die Arbeitsgemeinschaft nur immer solange, als sie Vorteile davon haben. Sie setzen sich rücksichtslos darüber hinweg, wenn sie ihnen hinderlich ist. —

Mögen die Arbeiter im Eulengebirge, die jetzt einen schweren Kampf führen, ebenso rücksichtslos sein bei diesem Kampfe und bei den folgenden.

Unternehmerfrechheit.

In den seit einigen Tagen in Reichenbach geführten Verhandlungen, bei denen Regierungsvertreter, Gewerberäte und Bürgermeister teilnahmen, stellten sich die Unternehmer auf einen Herrenstandpunkt, wie er brutaler auch vor dem Kriege nicht hervorgekehrt werden konnte. Zunächst stellten sich die gesamten Arbeitgeberorganisationen von Schlesien hinter die Beschlüsse der Unternehmer des Eulengebirgebezirks. Diese lehnten insbesondere jede weiteren Zugeständnisse ab, da (nach ihrer Meinung, die Redakt.) die in Schlesien gezahlten Löhne die höchsten in der Textilindustrie seien. Wenn die Arbeitnehmer keine Nachgiebigkeit zeigen, käme ein weiteres Verhandeln nicht mehr in Frage.

Immer wieder werden die Arbeiter darauf gestoßen, daß nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern schärfster, rücksichtslosester Kampf zum Ziele führt.

Zum Ende des Eisenbahnerstreiks.

Nachdem die „Einigung" zwischen Spitzenorganisationen und Reichsverkehrsministerium am Silvester bekannt war, glaubte die Allgemeinheit, daß der Verkehr sofort wieder in Gang komme. Dies war nicht der Fall. Nicht zuletzt deshalb, weil die Eisenbahner sich mit Recht auf den Standpunkt stellten, daß erst die Zentralleitung des Verbandes über das Abkommen beraten und über die Annahme entscheiden müsse. Demzufolge und auch wegen technischen Schwierigkeiten zog sich die regelmäßige Aufnahme des Verkehrs bis Dienstag hin.

Die bürgerliche Presse sucht diese Verzögerung „linksradikalen" Gruppen in die Schuhe zu schieben. Sie versucht dabei, die Eisenbahndirektionen auf den Absatz 6 des Abkommens hinzuweisen, wonach „Saboteure" und dergleichen verfolgt werden können. An der Geschlossenheit der Eisenbahner wird das Bestreben, radikale, d. h. kommunistische Arbeiter an führender Stelle rauszuschmeißen, scheitern.

Der „Vorwärts" zu dem Abschluß des Streiks.

Die „Freiheit" bringt die Abmachung der Spitzenorganisationen ohne Kommentar. Der „Vorwärts" hingegen feiert das Ergebnis als einen großen Erfolg. Obwohl der „Vorwärts" feststellt, daß die ganze Schuld an dem Ausbruch des Streiks die Regierung trage, schreibt er weiter:

„Auf der anderen Seite muß aber auch mit der größten Bestimmtheit gesagt werden, daß die Pflicht, von öffentlichen Betrieben nach Möglichkeit jede Störung fernzuhalten, nicht nur für ihre Leiter gilt, sondern für alle Beteiligten. Streiks können hier nur aus einer schweren Notlage und der mangelnden Bereitwilligkeit der Leitung, ihr Rechnung zu tragen, gerechtfertigt werden. Wenn sich auch die Betriebe, die im Besitze von Reich, Staat, Gemeinden oder Genossenschaften sind, den Gesetzen der kapitalistischen Umwelt, in die sie gestellt sind, anpassen müssen, so sind sie doch ihrem Wesen nach nicht kapitalistische Betriebe, sondern Keime der neuen Ordnung, die wir als Sozialisten anstreben (!!). Als solche sind sie unter den Schutz der Allgemeinheit gestellt, verdienen sie, gehegt und gepflegt zu werden von allen, die mit ihnen beschäftigt sind, das heißt vor allem von ihren eigenen Arbeitern und Beamten."

Die Eisenbahner haben also, kurz gesagt, überhaupt kein Streikrecht. Die Eisenbahnen sind nach dem „Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD., keine kapitalistischen Betriebe. Die Eisenbahner haben im Interesse der Allgemeinheit zu verhungern und zu kuschen.

Die Eisenbahner, die in den „nichtkapitalistischen" Betrieben, für die „Allgemeinheit" arbeiten, werden sich für diese Weisheit bedanken.

Neujahrsartikel, Neujahrsphrasen der SPD.-Führer.

P. M. Zum neuen Jahre brachten, wie üblich, die meisten Zeitungen Wunsch- und Rückblickartikel. Es war diesmal für uns wirklich eine Qual, alle diese Phrasen, die auch nicht einen einzigen Funken neuen Geistes enthielten, zu lesen. So belanglos waren die Ausführungen der „Führer des deutschen Volkes", daß wir keine Ursache finden, des längeren unseren Lesern von dem Verlegenheitsgeschmiere etwas vorzusetzen. Nur einige Feststellungen wollen wir machen, die manchem SPD.-Arbeiter, der noch ehrlich am Klassenkampfgedanken festhalten will, die Schamröte ins Gesicht treiben wird.

Die meisten SPD.-Größen schreiben ihre Neujahrswünsche und -Klagen nicht mehr im „Vorwärts", sondern — im „Berliner Tageblatt". Dadurch dokumentieren sie schon äußerlich, daß sie endgültig nur noch ein Bestandteil der bürgerlichen Demokratie sind, und längst jenen offenen Klassenkampfgedanken, der noch im alten Bebel in der Form der schärfsten Kritik der Methode, für bürgerliche Blätter zu schreiben, lebte, zum alten Eisen geworfen haben.

Präs. Ebert, Herr Noske, Herr Heine, Herr Haenisch, alle lassen ihre holde Stimme im Berliner Tageblatt erschallen, zum Ruhme und zur Ehre der über alles geliebten „Demokratie". Nur wird leider ein braver, hungernder SPD.-Arbeiter, der von seinen herrlichen Parteigrößen doch wenigstens zu Neujahr seine eigenen Wünsche hören möchte, wenigstens zum Jahreswechsel einmal grundsätzlich erfahren möchte, was die Führer der SPD. im neuen Zeitabschnitt für die Arbeiter durchzusetzen gewillt sind, nichts vernehmen vom Proletariat und von der Bourgeoisie, geschweige denn, daß die fürchterlichen undemokratischen Worte „Klassenkampf" und „soziale Revolution" auch nur erwähnt werden.

Wir können uns nicht denken, daß das einem denkenden Proletarier der SPD. wirklich unbegreiflich sein könnte, denn das sagt doch wohl der gesunde Menschenverstand: Die Annoncenplantage des Handelskapitals, genannt „Berliner Tageblatt", kann unmöglich diese „spartakistischen und pöbelhaften Ausdrücke", wie Klassenkampf, Revolution, aufnehmen. Die Herren Bankiers, die, fett und gesättigt, zur Förderung der Verdauung zum Nachtisch die Artikel ihres lieben Ebert und ihres noch lieberen Noske lesen, würden ja in Ohnmacht fallen. —

Bebel, der in den besten Zeiten der Sozialdemokratie wie kein anderer gerade die bürgerlichen Demokraten, damals die Freisinnigen, die Liberalen, in ihrer Heuchelei und Unzulänglichkeit zu entlarven pflegte, würde sich noch im Grabe umdrehen, wenn zu ihm die Kunde von der Seelengemeinschaft der SPD. mit den „demokratischen" Leuten von der Börse dringen könnte.

Friedericus Ebert, zurzeit wohlbestallter Reichspräsident, vorher Vorsitzender der Sozialdemokratie, also jener Mann, dem die Partei ihr höchstes Vertrauen ausgesprochen hat, begeht also Leichenschändung an einem Bebel: „Die Bewegung zur Demokratie hin war schon im alten Deutschland vor dem Kriege stark, und gerade das Berliner Tageblatt ist schon seit Jahrzehnten ein tatkräftiger Vertreter demokratischer Gedanken gewesen". Gibt es wohl etwas Widerlicheres, als die Lobhudelei gegenüber den Handelskapital-Demokraten, gegenüber denselben Leuten, denen Bebel unzählige Male den Fehdehandschuh zugeworfen hat, durch den sozialdemokratischen Herrn Reichspräsidenten? Und kann man sich eine noch kräftigere Ohrfeige für einen SPD.-Proletarier, der immer noch im Geheimen auf eine Klassenkampfeinstellung der SPD. angesichts der fortschreitenden hofft, überhaupt denken?

Man sage nicht: Nun ja, der Reichspräsident ist in seiner Eigenschaft als Präsident kein eigentlicher Parteimann und darf also schon mal daneben hauen! Die gesamte SPD. versinkt ja unaufhörlich tiefer in die Stinnes-Demokratie, deren Rest nur die unumschränkte Diktatur des Großkapitals sein kann. Selbst ein Löbe hat doch letztens in seinem Einigungsartikel in der „Volkswacht" gewarnt vor dem schematischen „Klassenkampfstandpunkt"!

Hier hilft keine Vertuschungspolitik: Die SPD. hat längst die rote Fahne der Arbeiterrevolution von ihrer stolzen Höhe heruntergeholt und läßt dafür über einem

bürgerlich-demokratischen Sumpf das schwarz-rot-goldene Banner wehen.

Welches ist die Stellung, die Ebert in seiner Eigenschaft als Reichspräsident einnimmt und dabei die Sozialdemokratie blamiert und ewig lächerlich macht? Er ist im großen und ganzen von der Bourgeoisie — und sie bezahlt ihn gut dafür, wie die kürzliche Gehaltserhöhung um 300 000 Mark beweist — dazu angestellt, im Interesse eines verlogenen Bürgertums Redensarten zu machen.

Das kam wieder einmal treffend zum Ausdruck beim Empfang des „apostolischen Nuntius", Monsignore Paccelli, durch Ebert anläßlich des Jahreswechsels.

Monsignore Paccelli sprach u. a.:

„Möge die göttliche Vorsehung, die die Menschen zu edlem Streben anspornt und sie leitet, ihnen trotz der Verschiedenheit der Stämme und der Staaten ermöglichen, in diesem Jahre die wirkliche und dauerhafte Versöhnung der Völker zu vollenden, die von allen Aufrichtigen ersehnt wird und sich auf der Achtung des Rechtes, auf der fruchtbaren und friedlichen Arbeit und auf den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Wahrheit gründet."

Und in tiefster Rührung ob dieser himmlischen Phrasen erwiderte Ebert:

„Gern folge ich Ihnen in dem Gedanken, den heutigen Besuch der Herren Vertreter der fremden Mächte als das Symbol einer allmählichen Rückkehr der Menschheit zum Frieden zu betrachten. Der Umstand, daß diese Worte aus dem Munde des Vertreters Seiner Heiligkeit des Papstes kommen, der sein vornehmstes Ziel darin erblickt, Frieden auf Erden zu schaffen und zu erhalten, gibt ihnen in meinen Augen besondere Bedeutung."

Wir wissen, daß klassenbewußte Arbeiter der SPD., sich nur mit Abscheu von diesem Phrasengedresche, das ein Sozialdemokrat mit „Seiner Heiligkeit" führt, abwenden können.

Recht interessant ist auch Noskes Neujahrsprodukt im „Berliner Tageblatt". Der liebe Gustav, zurzeit Oberpräsident der Provinz Hannover, ehemaliger Reichswehrminister zur Wiedereinstellung kaiserlicher Offiziere und Niederknüttelung der Proletarier, weiß die Ehre zu wahren, in einem wirklichen bürgerlich-vornehmen Blatt schreiben zu dürfen. Er drückt sich tatsächlich wie ein Kulturmensch aus. Nichts von „Knochen kaputtschlagen" und nichts von der bekannten „Uebernahme der Blutarbeit", die er auf sozialdemokratischen Parteitagen zu verteidigen pflegt. Und — o Ironie des Schicksals! — Noske tritt jetzt sogar für eine freie Presse ein, derselbe, der die kommunistische und unabhängigige Presse fast restlos während seiner Schlächterperiode verboten hatte! Sogar seine lieben Baltikumer nimmt Herr Noske nicht so in Schutz, wie er es sonst getan hat. Es ist zweifelhaft: Hat er Rücksicht [illegible] nen auf das Agitationsbedürfnis seiner Partei, [illegible] auch heute an der noskotischen Schöpfung der Roßb[illegible] usw. ihr scheinradikals Süppchen zu kochen versucht, oder mußte er im „Berliner Tageblatt" sich doch immerhin „demokratischer" geben, weil es die kontrasozialistischen Demokraten dieser Zeitung mit einer Theorie der Demokraten vielleicht noch ein bißchen ernster nehmen als der Herr Reichswehrminister a. D.? —

Aus dem Tageblatt-Artikel des unsterblichen Wolfgang Heine, ehemaligen sozialdemokratischen und preußischen Minister des Innern, der über die „lex Heinze" und den „Reigen-Prozeß" schreibt, ist als besonders zeitgemäß die Feststellung zu entnehmen, daß „Bebel Feuer und Flamme" für die parlamentarische Obstruktion war, als im Jahre 1900 der reaktionäre Reichstag die geistige Freiheit bedrohte. Als im Jahre 1921 freilich Kommunisten im Landtag Obstruktion trieben, weil zum mindesten etwas genau so Hohes auf dem Spiel stand, weil — diesmal nicht Bürgerliche — sondern sozialdemokratische Minister die leibliche Freiheit unzähliger Revolutionäre in den Zuchthäusern und Gefängnissen mit Füßen traten, da — ja, Bauer, das ist was anderes! Diesmal mußte man sich doch im Bunde mit dem Koalitionsbruder Stinnes über die „unparlamentarischen Gebräuche" der bösen Kommunisten sittlich entrüsten!

Einen wunderbaren Abschluß zu den sozialdemokratischen Neujahrsartikeln in dem bürgerlichen Tageblatt bildet das Urteil eines politischen Fachmanns über das Verhalten der Sozialdemokratie am 9. November 1918 in derselben Neujahrsnummer. Herr Friedrich Payer, ehemaliger Vizekanzler des Kabinetts Prinz v. Baden, der aus nächster Nähe die Verhandlungen kurz vor der Revolution kennt, schreibt folgendes nieder in Bezug auf den Anteil der SPD. an der Novembererhebung: „Mit Mühe hielten die sozialdemokratischen Führer noch ihre Massen, die Schluß machen wollten, zurück". Damit ist wieder einmal für die von der offiziellen SPD. hartnäckig abgeleugnete Wahrheit ein Kronzeuge entstanden. Es gibt kein widerlicheres Schauspiel, als wenn man sich vorstellt, wie der Theaterheld Scheidemann, dieser ehemalige, auf den Kaiser vereidigten Minister, trotz des Versuches der Abwürgung der Revolution dann als typischer „Hans-Dampf in allen Gassen" und Konjunktur-Politiker am 9. November vor den Massen am Reichstag die „Republik" hochleben läßt.

Die Neujahrsartikel der SPD.-Führer beweisen, daß diese nicht nur nichts dazugelernt, sondern noch tiefer in jenen Sumpf geraten sind, der im August 1914 seinen Anfang genommen hat.

Aber wenn auch die Führer der SPD. in der Bürgerlichkeit versinken, wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Arbeiter der SPD. trotz allem den Weg wiederfinden zum Klassenkampf und einst vollwertige Kampfgenossen werden des revolutionären Proletariats und jenem roten Banner der sozialen Revolution folgen, zu dem die KPD. mit Stolz schwört.

Politische Übersicht.

Hölz wird im Zuchthaus gemartert!

Wie uns der Verteidiger von Max Hölz, Justizrat Viktor Fraenkl, mitteilt, hat er am 23. Dezember d. J. einen Brief von Max Hölz bekommen, in dem derselbe ihm schildert, in welch grausamer Art die gegen ihn von dem Sondergericht verhängte lebenslängliche Zuchthausstrafe in Münster an ihm vollstreckt wird. In dem Brief heißt es wörtlich:

„Seit gestern liege ich wieder in der sogenannten „festen Zelle" oder „Tobzelle", die für mich eine wahre Folterkammer bedeutet. Der Grund zu dieser wiederholten Gewaltkur scheint mir in der Hauptsache darin zu liegen, daß ich Strafantrag gegen den Arzt und Direktor wegen Mordversuches gestellt habe; denn ich kann doch unmöglich annehmen, daß diese Maßnahme geschehen ist, um meinen Zustand und meine wahnsinnigen Nervenschmerzen zu bessern. Vielleicht erwartet man, daß ich durch den erneuten „Aufenthalt" in dieser Leichenkammer nun endlich zur Verzweiflung getrieben werde. Ich liege hier in einem entsetzlichen Zustand, Tag und Nacht von jeder frischen Luft abgeschnitten. Im vollsten Sinne des Wortes lebendig begraben, und dies im Zustand der fürchterlichsten Nervenschmerzen ..."

Justizrat Fraenkl ist der Ueberzeugung, daß sich Hölz keineswegs einredet, sondern daß tatsächlich seitens der Behörde geplant ist, Hölz zugrunde gehen zu lassen. Wer die Krankheitsgeschichte Hölz kennt und weiß, daß derselbe vom Militär wegen Nervenkrankheit entlassen wurde und bereits einen Selbstmordversuch begangen hat, kann darüber nicht im Zweifel sein, daß eine Strafhaft, wie sie an Hölz vollstreckt wird, zu geistiger Verwirrung bei ihm führen muß, und daß die größte Wahrscheinlichkeit besteht, daß Hölz in einem solchen Umnachtungszustande schließlich Hand an sich legt. Justizrat Fraenkl hat sich mit dringenden Vorstellungen sowohl an den Reichsjustizminister, Prof. Radbruch, wie auch an den preußischen Justizminister gewandt mit dem Ersuchen, Hölz seiner psychischen Beschaffenheit nach zu behandeln.

Die Reichstags- und Landtagsfraktion der KPD. haben sich in gleichem Sinne an das preußische Ministerium gewandt.

Die grausame Behandlung des Genossen Hölz im Strafvollzuge ist um so empörender und beleuchtet die klassenmäßige Einstellung des gesamten Strafvollzuges um so greller, als der Strafvollzug gegen den Fähnrich a. D. v. Hirschfeld, der damals den Mordversuch an Erzberger unternommen hat, mit Rücksicht auf angebliche psychische Störungen ausgesetzt worden und v. Hirschfeld in die psychiatrische Klinik in Freiburg i. Br. überführt worden ist.

Von den Unruhen in Aegypten.

Die Sozialistische Partei Aegyptens erließ einen Aufruf, in dem sie gegen die Verhaftung Saad Zaglouls anläßlich der antienglischen Demonstrationen schärfsten Protest erhebt und erklärt, daß alle Konsequenzen, die sich aus dieser Verhaftung ergeben würden, auf das Haupt des englischen Kapitalismus falle. Die ganze Arbeiterklasse der Welt müsse gemeinsam mit dem ägyptischen Proletariat den englischen Imperialismus bekämpfen.

*

Im Bezirk von Rohtak-Pundschab ist es infolge der Verhaftung von Nationalisten zu Unruhen gekommen, dabei wurden vier Personen getötet und 40 verwundet. Truppen aus Delhi und Alwar sind angekommen, um die Ordnung wieder herzustellen.

Der 9. Sowjet-Kongreß an Nansen.

Der Allrussische Sowjetkongreß hat sich mit folgender Dankeserklärung an Nansen gewendet:

„Der 9. Allrussische Sowjetkongreß drückt Ihnen für Ihre edlen Bestrebungen, die Bauern des Wolgagebietes zu retten, seine tiefste Dankbarkeit aus im Namen der Millionen der arbeitenden Bevölkerung der R. S. F. S. R. Das russische Volk wird den Namen des großen Gelehrten und Entdeckers Nansen in seinem Herzen bewahren, der einen Weg fand durch das ewige Eis des Nordens, aber nicht imstande war, die grenzenlose Grausamkeit und Selbstsucht und Seelenlosigkeit der herrschenden Klassen in den kapitalistischen Ländern zu überwinden."

Neue Reichstagsvorlagen.

Mitte Januar werden dem Reichstage folgende Vorlagen zugehen: Die Schlichtungsordnung, das Reichsarbeitsgesetz, das Eisenbahnfinanzgesetz, ein Entwurf zur Unterstützung der Unfall- und Kleinkapitalrentner, ein Entwurf eines Reichsverwaltungsgerichts (Reichsgericht für Verwaltungssachen und Streitsachen des öffentlichen Rechts), der Entwurf zum Schutze der Republik, der neue Etat für 1922, das neue Beamtenrecht, ein Entwurf zur Bestrafung des wirtschaftlichen Landesverrats (Handelsspionage), Novellen sozialer Art, juristischen Inhalts (Eherecht, uneheliche Kinder), Entwurf gegen den Alkoholmißbrauch.

Die Schlichtungsordnung und das Reichsarbeitsgesetz bezeichnen den Angriff auf den 8-Stundentag. Das Eisenbahnfinanzgesetz soll die Privatisierung der Eisenbahnen vorbereiten. Der neue Etat, wie alle übrigen Vorlagen werden die Auseinandersetzung des Proletariats mit der bürgerlichen Klasse, vor allem die Frage der Steuerbelastung, aufrollen müssen.

Die Arbeiter müssen beizeiten rüsten, um den Parlamentskämpfen den allein entscheidenden revolutionären Massendruck zu verleihen, denn parlamentarische Aktionen können nur Hilfsmittel der revolutionären Massenaktion sein.

Kommunistische Internationale.

Die großen politischen Debatten auf dem französischen Parteitag.

Aus Paris wird gemeldet:

Im Anschluß an die Verlesung des Schreibens der Exekutive trat der Kommunistische Parteitag in Marseaille in die politische Debatte ein. Es sprach zunächst Genosse Vaillant-Couturier, der zwischen den Gegensätzen zu vermitteln suchte. Er betonte, daß sowohl die rechte wie die linke Richtung in der Partei mehr Disziplin halten sollte. Die Kontrolle über die Presse und über die Parla-

Ein Bourgeois, der den Klassenkampf bejaht.

Es gibt auch Propheten der sozialen Revolution aus dem Bürgertum. So hat Johannes Scherr in seinem Buch „Größenwahn" (aus dem Jahre 1876) folgende Ausführungen gemacht:

Was für eine geschichtliche Notwendigkeit stand im März von 1871 in Frage? Welche Entwicklungsidee rang in der Pariser Kommune nach Verwirklichung?

Die Idee der sozialen Revolution.

Und diese wäre eine geschichtliche Notwendigkeit?

Nicht minder gewiß, als die politische Revolution des achtzehnten Jahrhunderts eine geschichtliche Notwendigkeit war. Das fünfzehnte Jahrhundert hatte den Samen derselben gestreut: im sechzehnten ging er auf; das siebzehnte zeitigte die Saat und am Ende des achtzehnten wurde „mit Eisen und Blut", wie das herkömmlich bei solchen Geschäften, die reife Ernte eingetan: — die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der verschiedenen Volksklassen. Noch während diese Arbeit im Gange, ist die Tränensaat der sozialen Revolution dem Boden der Zeit anvertraut worden. Das neunzehnte Jahrhundert hat diese Saat sodann üppig aufschießen gemacht. Protzentum und Pauperismus, der prahlende Uebermut des Geldsacks und der brutale Neid des Bettelsacks sind die treibenden Kräfte. [illegible] Die riesenhafte Entwicklung der Großindustrie und die mit derselben naturnotwendig verbundene Züchtung eines Millionen zählenden Proletariats steigern von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde die soziale Krisis, und diese wird unausweichlich zur großen Katastrophe führen, zur größten der sogenannten Weltgeschichte, zur Durch- und Ausfechtung des grimmigsten und verzweifltsten Kampfes, des Klassenkampfes.

„Schwarzseherei!" brummt ihr. „Wir kennen ja die langweilige pessimistische Tonart".

Ihr leugnet also das soziale Problem?

„Nicht doch! Aber erstens ist die Gefahr weder so groß, noch so nahe, wie die Hypochondrie uns glauben möchte, und zweitens kann der fernerr drohende Sturm unschwer beschworen werden mittels Reformen, welche der Kathedersozialismus in Verbindung mit den Regierungen schon besorgen wird."

Wirklich? Haben im vorigen Jahrhundert die politischen Reformen die politische Revolution verhindert? Was haben alle die ehrlich gemeinten reformistischen Wollungen und Vollbringungen der „erleuchteten" Despoten und ihrer „aufgeklärten" Minister gefruchtet? Nur soviel, daß sie den Ausbruch der Revolution beschleunigten. Heutzutage ist die Lawine der sozialen Umwälzung im raschen Rollen. Reformen werden nur Staub auf ihrer Bahn sein. Das Riesentrauerspiel wird in Szene gehen auf der Weltgeschichtebühne.

Ihr wendet euch ab von dieser düsteren Weissagung, ungläubig, unwillig, spottlachend sogar?

O, ihr habt recht. Denn Torheit ist es, Tauben die Wahrheit zu sagen oder Blinde sehen machen zu wollen. Ueberall und allezeit haben die Menschen unangenehme Warnungen in den Wind geschlagen. Als in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit der traurigen Gabe der Zukunftssehen ausgestattete Männer wie Voltaire und Rousseau das Kommen der Revolution verkrizigten, da hat ihnen die Gedankenlosigkeit, welche nicht über die eigene Nasenspitze hinaussieht, auch ins Gesicht gelacht, als Schwarzsehern, Hypochondern und Grillenfängern. Später freilich ist dann den Spottlachern das Lachen vergangen, gründlich.

Auch denen von heute wird es eines nützen Tages vergehen, gründlichst. Denn die Logik der Geschichte will ihr Recht, und die Geschicke müssen sich erfüllen."

Gegen das Alkoholkapital.

Der Arbeiter-Abstinentenbund verbreitet eine Flugschrift, die anläßlich der Münchener Tagung des deutschen Brauerbundes die Arbeiter zum Kampf gegen das Alkoholkapital aufruft. Die Flugschrift bringt einen geheimen Bericht über diese Tagung (an der übrigens auch 3 bayrische Staatsminister teilgenommen haben), auf der die Mittel und Wege zur Besoffenmachung der Arbeiterschaft besprochen wurden. Lüge, Fälschung, Bestechung — das sollen die Mittel sein zur Schwächung der Abstinenzbewegung und zur Steigerung des Alkoholkonsums. Wir wissen, daß einer der stärksten Pfeiler des Alkoholkapitals die Unwissenheit der Massen ist und sind uns darüber klar, daß im Machtkampf wie jedes anderen Kapitals kein Mittel verschmäht wird, das zum Ziele zu führen scheint. Aber viele unserer Klassengenossen merken noch nicht, daß hinter ihren, ihnen so lieben Trinkgewohnheiten das profitlüsterne, skrupellose, von brutalem Egoismus geleitete Kapital steckt. — Weitere Aufklärung darüber finden die Arbeiter in der als Sonderabdruck der Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter" verbreiteten Flugschrift „Brauertagungen".

Wie man die Pferde im nationalen Geiste erzieht.

„Mit Gott für König und Vaterland!" Diese Parole (hört! hört!) wurde angeschlagen im Pferdestall einer Kavallerieschule in Hannover. So werden für den guten Kaiser Wilhelm neue Anhänger geworben. Wenn es auch nur Pferde sind, schadet nichts — auch sie können in den Monarchistenkreisen gut gebraucht werden.

ientarier müßte verschärft werden. Die Partei solle um ie Arbeiterkontrolle in den Betrieben kämpfen. Darauf erteidigte Frossard in einer ausführlichen Rede seine Politik. Er sagte: Ich habe in Tour getan, was ich konnte, m den Anfang der Spaltung zu vermindern. Ich bedauere das nicht, aber heute sage ich: mit den Leuten von en Dissidenten (Rechtssozialisten) von Blum bis Longuet aben wir nichts mehr gemein, denn das sind Leute, welche ie proletarische Kampffront verlassen haben und hinter er Regierung Briand herlaufen. Frossard hob dann hervor, daß die Parteizentrale immer einheitlich gearbeitet abe. Alle Mitglieder der Zentrale seien gleichmäßig für ie Politik der Zentrale mit verantwortlich. Loriot habe n seinem Bericht zu viel von der „Politik von Cachin nd Frossard" gesprochen. Frossard beklagte sich darauf iber Souvarine, den Vertreter der Französischen Partei n der Exekutive. Souvarine habe an die französische Zentrale Briefe in einem unmöglichen Ton geschrieben. Der Redner sprach dann über diejenigen Zeitungen, wie . B. das „Journal de Peuple", die von Parteimitgliedern herausgegeben werden, aber keine kommunistische Politik vertreten. Frossard sagte: „Morgen wird die Politik der Partei festgelegt werden. Und diejenigen, welche diese Politik bekämpfen, schließen sich damit selbst aus der Partei aus". Der Redner schloß, indem er darauf hinwies, daß die jetzige Mißstimmung in der Partei nicht aus sachlichen Gegensätzen, sondern aus persönlichen Reibereien entstanden seien. Diese persönlichen Gegensätze müßten verschwinden.

Loriot kritisierte die Politi kder Zentrale und erklärte, es sei die Schuld der Zentrale, daß ein Blatt wie das „Journal de Peuple" erscheinen konnte. Es sei bedauerlich, daß man den Ton der Briefe von Souvarine ausschlachte, aber über den guten sachlichen Inhalt dieser Briefe mit Stillschweigen vorbeigehe. Loriot trat dann entschieden dafür ein, innerhalb der Zentrale ein engeres Büro von fünf Mitgliedern zur politischen Leitung unter dem Namen „Präsidium" zu schaffen. Frossard hatte diesen Antrag Loriots bekämpft. Trêint trat ebenfalls für die Schaffung dieses engeren Büros ein. Er führte u. a. aus:

„Man behauptet, daß das Wort „Präsidium" bei uns nicht bekannt ist. Aber es ist überall außerhalb Frankreichs bekannt. Es ist ein internationales Wort. Vor einigen Jahren waren auch die Worte „Bolschewiki und Sowjet" nicht bekannt, aber heute gebraucht alle Welt sie. Und ebenso wird es mit dem Wort „Präsidium" sein." Trêint betonte ferner, daß die bisherige Zentrale sich vielfach schwach gezeigt hat, in einzelnen Personen greife man die Internationale an. Man müsse die Parteidisziplin aufrecht erhalten. — Danach wurde der Parteitag vertagt. —

Konterrevolution.

10-Stundentag auf amerikanischen Eisenbahnen.

Aus Newyork wird gemeldet:

Die staatliche Aufsichtsbehörde hat die normale Arbeitszeit für die ungelernten Arbeiter der amerikanischen Eisenbahnen von acht auf zehn Stunden verlängert. Von der neuen Entscheidung wurden 585 000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten betroffen.

Hand in Hand mit der Verlängerung der Arbeitszeit geht eine Herabsetzung des Stundenlohnes. Bei achtstündiger Arbeitszeit erhielten die ungelernten Eisenbahnarbeiter einen Stundenlohn von 30 Cents, bei zehnstündiger Arbeitszeit sollen sie einen Stundenlohn von 27 C. erhalten!

Der Klassenkampf im Staate Kansas.

Aus Newyork wird gemeldet:

Der Bergarbeiterstreik in Kansas, dem Staate des berüchtigten Industriegerichtshofes, dauert fort. Die streikenden Arbeiter zusammen mit ihren Frauen besetzten alle Schachteingänge und verhinderten die Streikbrecher am Betreten der Gruben. Da die Polizei machtlos ist, sollen 2000 Mann Militär ins Streikgebiet abgehen.

Vom Bürgerkrieg in Italien.

Aus Turin wird gemeldet:

An vielen Orten Italiens kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Weißgardisten. In einem Dorf bei Florenz wurde ein Faszist schwer verletzt. In einem Dorf bei Biacenza erschossen die Arbeiter einen Faszisten; in einem Dorf bei Mantua wurde ein achtzehnjähriger Weißgardist getötet und ein siebzehnjähriger schwer verletzt. In einem Dorf bei Alessandria töteten die Weißgardisten zwei Kommunisten.

Schlesische Rundschau.

„Kommunistische Arbeitslosenfürsorge".

Das „Freie Wort", das Parteiblatt der SPD. für Neustadt und Umgegend, brachte vor Kurzem unter obigem Stichwort eine Meldung, wonach in Sowjet-Rußland „Hunderttausende von von Arbeitern Hals über Kopf entlassen" werden und als einmalige Abfindung nur einen zweifachen Wochenlohn erhalten. Daran knüpfte das sozialdemokratische Antibolschewistenblatt die Bemerkung: „Fest steht, daß die kapitalistische ‚Geldsack-Republik Deutschland' viel mehr Mitempfinden für die Notlage ihrer Arbeitslosen hat, als die kommunistische ‚Proletarier-Republik Rußland'."

Fest steht, erklären wir zunächst unsererseits, daß im Ebert-Deutschland eine Klique von Ausbeutern trotz einer angeblichen Revolution immer noch maßlose Profite einstecken und in Saus und Braus leben darf, ohne daß sie oft auch nur den kleinsten Finger rührt, während in Sowjet-Rußland die proletarische Revolution von Anfang an im Zeichen der Parole „wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen" stand. Fest steht also, daß die Sowjets in Rußlands zum erstenmal in der Weltgeschichte tatsächlich, die Arbeit auf den Thron gesetzt und die Blutsauger und Drohnen nur dann weiterleben ließ, wenn sie gesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten begannen.

Es versteht sich von selbst, daß die Sowjets bei dieser grundsätzlichen proletarischen Einstellung in Bezug auf die allgemeine Arbeitspflicht automatisch fast die Verpflichtung übernahmen, diejenigen, die trotz des Willens zur Arbeit (Rohstoffmangel, Invalidität, Gebrechlichkeit usw.) in den Produktionsprozeß nicht eingestellt werden konnten, von Staats wegen — nicht wie in der „freiesten Republik" Deutschland ein paar Bettelpfennige — sondern das volle Existenzminimum zu gewähren.

Wenn jetzt durch die Schuld des europäischen Proletariats, daß den kühnen russischen Arbeitern und Bauern auf dem Weg der Weltrevolution bisher nicht gefolgt ist, Konzessionen der Bolschewiki nötig wurden und in gewissen Unternehmungen heute unter der zentralen Kontrolle des proletarischen Staates stehende Unternehmer wieder zugelassen werden, so ist es klar, daß damit die Arbeitslosen und Erwerbsunfähigenfürsorge sich ebenfalls ändern mußte. War bis dahin das Existenzminimum aller Arbeitenden und Arbeitswilligen, aber aus irgend einem Grund Arbeitsunfähigen von Staats wegen ohne weiteres gesichert, so müssen heute wieder die neuen Unternehmer einen großen Teil der Erhaltung der Arbeitslosen, teils vom proletarischen Staat, teils von den Gewerkschaften gezwungen, übernehmen. Das bedeutet weiter, daß, nachdem auch die Entlohnung in Geld wieder an die Stelle der Naturalbelieferung aller Werktätigen durch den Sowjetstaat tritt, auch eine regelrechte Arbeitslosengesetzgebung in der Form geldlicher Unterstützung wieder Platz greifen mußte.

Wenn nun das SPD.-Organ einfach Hetznachrichten der berüchtigten antibolschewistischen „Lüga" abdruckt, so tun uns nur die SPD.-Arbeiter leid, die immer wieder und wieder mit den schmutzigsten Mitteln zum Haß gegen den russischen Proletarier und Bruder angestiftet werden. Aber wir wissen, jeder SPD.-Mann, der sich noch ein Funken von Klassenbewußtsein bewahrt hat, wird sich des Geschreibsels seiner eigenen Zeitung schämen, wenn er hört, auf welcher hohen Stufe die soziale Gesetzgebung heute tatsächlich in Rußland steht.

Die Rußlandhilfe der Konsumvereine.

Es gaben: 25000 Mark Essen. — 10000 Mark Halle, Hamburg, Königsberg. — 8000 Mark Kiel. — 7500 Mark Jena. — 5000 Mark Barmen, Bochum, Bremerhaven, Düsseldorf, Hanau, Stuttgart usw.

Wir haben sofort, nachdem wir auf die betreffende antibolschewistische Lügenmeldung durch einen Genossen aufmerksam gemacht worden sind, an maßgebender Stelle uns erkundigt nach den neusten sowjetistischen Verordnungen in der sozialen Fürsorge in Rußland. Dabei wurde uns mitgeteilt:

Eine neuste Verordnung des Rates der Volkskommissare bestimmt, daß den Arbeitern im Falle des zeitweiligen Verlustes ihrer Arbeitsfähigkeit eine Unterstützung im Ausmaße ihres **tatsächlichen Monatsverdienstes** auszubezahlen ist. Bei völliger Arbeitsunfähigkeit erfolgt die Auszahlung einer **erhöhten Pension die sich grundsätzlich nach den bestehenden Lohntarifen richtet, also völlig das Existenzminimum sichert, und über die vor allem die Gewerkschaften zu entscheiden haben.**

Für die aus ökonischen Gründen arbeitslos werdenden, wird in genügendem Ausmaß gesorgt. Man ist gerade dabei, die verschiedenen Systeme der Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen zugunsten einer völlig einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für die ganze Sowjet-Republik, die zum Grundsatz hat, vor allem das **Existenzminimum zu sichern.**

Jeder SPD.-Arbeiter möge hier die Bettelpfennige für die Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen in Deutschland zum Vergleich heranziehen, dann erübrigt sich eine detaillierte Entlarvung der besagten Lügennotiz im „Freien Wort".

Eine vernichtende Kritik für die soziale Gesetzgebung der Ebert-Republik ist auch das, was uns über den Mutter- und Säuglingsschutz in Sowjetrußland mitgeteilt wird:

Der Rat der Volkskommissare hat bestimmt, daß den Frauen der Arbeiter und Angestellten für die Wartung eines neugeborenen Kindes eine **einmalige Unterstützung** im Ausmaß eines **mittleren Monatsverdienstes**, außerdem während **neun Monate** des **Stillens ein Viertel des monatlichen Arbeitslohnes** zu gewähren ist. —

Wo gibt es so etwas in der deutschen Republik, die die Sozialdemokraten nicht genug herausstreichen können, gegenüber dem „Despotismus Sowjet-Rußlands"?

Noch krasser fällt der gewaltige Unterschied auf zwischen der Behandlung jener Mütter, die der Bourgeois gern verächtlich als unehelich bezeichnet, in Deutschland und in Rußland auf.

Diese „entmenschten Bolschewiki" gehen doch soweit, daß sie jede Mutter, die sich selbst ihren Unterhalt verdient, **drei Monate vor und drei Monate nach der Entbindung unter Auszahlung ihres sonst erlangten Verdienstes von jeder körperlichen Arbeit befreien**, das Neugeborene von Staats wegen mit einer bestimmten Ration **Nährmittel und Leinen kostenlos versorgen.**

Man vergleiche diese Behandlung mit dem Martyrium, dem nur allzuoft Mädchen, die außerehelich entbinden, in der vielgerühmten demokratischen Republik ausgesetzt sind.

Der SPD.-Presse wird ihre Hetze nichts nützen. Die Wahrheit bricht sich doch Bahn. Und wir hegen die feste Zuversicht, daß zuguterletzt auch die Proletarier der SPD. — nicht die verbürgerlichten Redakteure — einschwenken in die internationale Front mit den russischen Brüdern, weil die Proletariersolidarität siegen wird.

Die Zustände in der Strafanstalt Jauer.

Von einem aus der Strafanstalt entlassenen Märzgefangenen wird uns u. a. geschrieben:

„In dieser Strafanstalt befinden sich gegenwärtig etwa 200 Inhaftierte aus Mitteldeutschland. Wegen der Behandlung wird hauptsächlich über einen Hauptwachmeister Blieme geklagt, der von den Gefangenen als der „Löwe von Jauer" bezeichnet wird. Das Mittagessen geht noch einigermaßen, aber das Abendessen ist völlig ungenügend; es gibt Suppe zum Trinken (ohne Löffel) und etwa 80 Gramm trockenes Brot. Hier und da wird einmal ein schäbiger Hering verabreicht; die Kartoffeln sind anscheinend entzogen, denn es gibt keine. Damit die Gefangenen ein einigermaßen gutes Aussehen behalten, erhalten sie Nährhefe geliefert, die sie in das Mittagessen rühren. Im Schlafsaal 1 sind 80 Kojen untergebracht, in denen die Gefangenen zwölf Stunden lang eingeschlossen sind, von 5,30 Uhr abends bis 5,30 Uhr morgens. Es sind dies enge Schlafstellen aus Drahtgeflecht und Blech, zwei Meter hoch, 2 Meter lang und 1,40 Meter breit. In diesen Kojen ist gerade Platz für die Schlafpritsche. Die vor einigen Jahren überall eingeführten abgeänderten Bestimmungen zur Hausordnung gibt es in Jauer noch nicht; wer danach fragt, kommt zur Strafe in Einzelhaft. Dort gibt es keine Zeitungen, so daß den Inhaftierten nur übrig bleibt, die vier Wände der Zelle anzustarren. Die in Gemeinschaft untergebrachten Gefangenen dürfen zwar Zeitungen lesen, aber keine kommunistischen; sonst sind alle Parteirichtungen vertreten von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen. In der Nacht vom 12. zum 13. Juni d. J. erkrankten etwa 80 Mann unter Vergiftungserscheinungen. Während die Anstaltsleitung die Ursache in der gelieferten Marmelade erblickte, waren die Inhaftierten der Meinung, daß die Abendsuppe die Erkrankungen herbeigeführt hat." —

Wir empfehlen dem SPD.-Reichsjustizminister Radbruch, den man doch sonst als Menschenfreund rühmt, sich einmal näher mit den zaristischen Zuständen in den Strafanstalten zu beschäftigen. Die politischen Gefangenen wollen nicht schöne Reden im Parlament von Wohlwollen und Humanität, sondern **Taten**. Aber gerade die **tatsächliche** Verbesserung der Lage der politischen Gefangenen bleibt für diese Art Humanitätsschwärmer, wie Radbruch einer ist, ein Blümlein „Rührmichnichtan".

Deutschnationale Scheinheiligkeit und Rohheit.

In den nachfolgenden Zeilen spricht sich treffend ein Arbeiter über den Charakter der reaktionären und militärischen Banden aus:

In Düsseldorf wurde vor einigen Tagen eine Filiale der Ehrhardtstrolche ausgehoben, darob große Entrüstung im deutschnationalen Lager. Die „Welt am Montag" vom 27. Dezember bringt einen ausführlichen Artikel über das Treiben dieser verbotenen Organisationen. Nun hat man in Düsseldorf die sauberen Herrchen beim Kragen genommen, aber nicht etwa Herr Severing, o nein, der hat mit der Kommunistenhetze soviel zu tun, daß es ihm bald so gehen wird wie weiland Ebert, Noske und Bauer. Die Besatzungsbehörden haben die Ehrhardtbanditen hinter Schloß und Riegel gesetzt. Die „Deutsche Zeitung", das deutschnationale Organ des früheren Sozialdemokraten Maurenbrecher, vergießt deswegen wahre Krokodilstränen. Lauter harmlose brave junge Männer aus den achtbarsten Familien sind es. Die Ziele dieser jungen Männer waren, sich vor der allgemeinen Verluderung zu schützen, sie wollten deutsche Ehre, deutsche Sitte, Gesinnung und Würde wieder hochbringen. Dazu schwuren sie auf einen noch von Arbeiterblut befleckten Dolch ihren Führern unbedingten Gehorsam, darum unterhielten sie eigene Fehmgerichte, die nur Todesurteile fällten. Organisiert waren sie in Zügen, an deren Spitze Offiziere standen, sie übten sich in Waffen und Kriegsmärschen mit vollem Gepäck, Kartenlesen und was alles notwendig ist zur Wahrung **teutscher Ehre, teutscher Sitte und Würde.** Nachdem man etwa 40 von diesen teutschen Jünglingen beim Schlaffittchen genommen, ruft die „Deutsche Zeitung", warum sich keine Behörde, keine Partei und keine Gewerkschaft für ihre Freilassung einsetze.

Welche Verluderung, um mit den Worten der „Deutschen Zeitung" zu sprechen, in den sogenannten deutschnationalen Kreisen herrscht, zeigt folgender Satz: Aus den Bespitzelungen und Ausfragereien ging klar hervor, daß die ganze Nichtsnutzigkeit sich drehte um die Suche nach den **Hinrichtern** des Erzberger. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft und weite Kreise des Bürgertums sprechen vom **Mord** an Erzberger, hier aber spricht man von Hinrichtung. Damit sind die Veröffentlichungen in der „Roten Fahne" und in der „Welt am Montag" bestätigt, damit gibt die „Deutsche Zeitung" offen zu, daß über Erzberger regelrecht zu Gericht gesessen wurde. Wir sind ja in der Ebert-Republik schon an vieles gewöhnt worden, wann aber, ihr Arbeiter, werdet ihr diesem Treiben ein Ende machen? Auch in Schlesien bestehen solche Geheimorganisationen, nirgends in Deutschland trifft man soviel Hakenkreuzler wie in Schlesien, da sind alles Anhänger der geheimen Fehme Ehrhardts. Darum, Arbeiter, Augen auf, setzt euch zur Wehr, schließt die Einheitsfront! Laßt alle Hoffnung fahren auf Severing, Ebert und Radbruch, die sind ja schon Gefangene der geheimen Fehme! Hier hilft kein Vertuschen, kein Beruhigen, hier hilft nur der geschlossene Wille der Arbeiterschaft, nur rücksichtsloser Kampf, ihr müßt kämpfen, ob ihr wollt oder nicht. Nur wenn ihr genau so entschlossen, so kampflustig seid wie eure Gegner, könnt ihr diese Pestbeule ausbrennen. Unser Kampfruf sei: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Gewerkschafts-Bewegung.

Für die Einheitsorganisation, für die Einheit zwischen Arbeitern und Beamten.

Der Preußischen Beamten-Zeitung schreibt ein Breslauer Polizeibeamter:

„Es muß jedem einleuchtend sein, wo ein neuer, großer, einheitlicher Bau entstehen soll, da müssen die alten Gebäude, die auf einem Bauplatz stehen, niedergerissen werden und mögen noch so liebe Erinnerungen mit den alten Gebäuden verknüpft sein. Die Beamtenschaft, insbesondere die Polizeibeamtenschaft ist in gewerkschaftlichen Fragen noch ungeschult. Das muß anders werden, hinein in die politischen Versammlungen, schult Euch den Blick für gewerkschaftliche Fragen, lernt aus der Geschlossenheit der Arbeiterschaft! Der streng einsetzende Winter, die neue große Teuerungswelle und die große Not der Beamtenschaft im allgemeinen werden jetzt hohe Anforderungen an die ..... Beamtenorganisationen stellen. Der deutsche Beamtenbund kann den Anforderungen einzelner Beamtengruppen nicht gerecht werden, weil er die gesamten Beamten alle Gruppen zu vertreten hat. Dies zeigt am deutlichsten die neue Besoldungsordnung. Wäre nicht Eigen- und Augenblickspolitik von einzelnen Führern geleistet worden, ständen wir jetzt nicht uneinig, zerrissen und ohnmächtig diesen nackten Tatsachen gegenüber. Die Gefahren bei der neuen Gesetzgebung über die Rechte der Polizeibeamtenschaft sollen hier mit Stillschweigen übergangen werden. Jedem einzelnen Kollegen rufe ich zu:

Werbe mit der ganzen Kraft Deines Lebens für Einheitsorganisation!

gez. Schlesinger, Polizeibetriebsassistent, Breslau.

Aus der Partei.

Unsere oberschlesischen Genossen

sind mutig trotz der Teilung Oberschlesiens und der dadurch bedingten organisierten Schwächung der dortigen Parteiorganisation daran gegangen, ihr Organ „Die oberschlesische Rote Fahne" aus eigener Kraft ohne Zuschüsse der Zentrale weiter zu erhalten. Sie haben eine Produktivgenossenschaft gegründet, die bereits namhafte Summen ihr eigen nennt. Es steht zu hoffen, daß die Fahne sich unter solchen Umständen wird zum Besten der kommunistischen Bewegung halten und weiterentwickeln können, zumal das echt proletarische Gesicht der Zeitung ihr mehr und mehr die Sympathien der Arbeiter gewinnt.

In einer ihrer letzten Nummern veröffentlicht die „Oberschlesische Rote Fahne" einen Brief polnischer Genossen aus dem Kohlenrevier Dombrowa, der die Erhaltung der Zeitung und die Initiative der oberschlesischen Genossen nach dieser Richtung aufs freudigste begrüßt. Man ersieht aus dem Schreiben, wie die kommunistische Presse Oberschlesiens durch ihre konsequent internationale Haltung, durch ihr Wirken für die Versöhnung der polnischen und deutschen Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die polnischen und deutschen Kapitalisten auch über die Grenzen Oberschlesiens hinaus bei allen klassenbewußten Arbeitern Anklang gefunden hat. Die beherzigenswerten Schlußsätze des längeren Schreibens lauten:

Proletarier Oberschlesiens! Tretet alle Mann für Mann für Eure Arbeiterpresse ein und laßt die nicht untergehen, denn erst dann würdet Ihr erfahren müssen, daß Ihr etwas Unersetzbares verloren habt; es würde dann aber wohl schon zu spät sein und Ihr würdet mit Eurem Zögern und Schwanken den kommunistischen Zielen einen großen Schaden zufügen, den Ihr dann nicht so schnell wieder würdet reparieren können.

Werte Genossen Oberschlesiens! Bleibt Eurer kommunistischen Idee treu und weichet nicht davon ab. Denn nur der Kommunismus allein kann die Menschheit nicht nur von dem wirtschaftlichen, sondern auch von dem geistigen Verfall retten. Also frisch ans Werk. Zeigt Eurer Bourgeoisie, sowie Euren Kapitalsknechten, hauptsächlich Eurer PPS.-Bonzenschaft, daß Ihr Kommunisten seid und für Eure Ziele auch zu kämpfen wißt. Darum nochmals, Genossen Oberschlesiens: Haltet aus und weichet nicht vor den Schergen des Kapitals!

Glückauf zur Tat!

* * *

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß jeder Parteigenosse über die Bedeutung und die bisherigen Leistungen der kommunistischen Partei in Oberschlesien, besonders während der nationalistischen Kämpfe, sich am besten und ausführlichsten informieren kann in der Broschüre „Der Mai-Juni-Aufstand und die Kommunistische Partei Oberschlesiens“ aus der Feder unseres Genossen Peter Maslowski. Die Ausführungen haben keineswegs an Aktualität verloren, denn erstens bringt die Broschüre wirschaftliches Tatsachenmaterial, behandelt ausgiebig die in Oberschlesien immer noch akute Nationalitätenfrage vom proletarischen Standpunkt aus und schildert eingehend die Taktik in der wichtigen Betriebsrätefrage, zweitens bleibt Oberschlesien voraussichtlich der Zankapfel, der noch lange die ganze kapitalistische Welt in Atem halten kann. Darum kann die Lektüre der Schrift die kommunistische Taktik in der oberschlesischen Taktik auch für die Zukunft nur vertreten.

Die Broschüre ist in unserer Bücherei, Breslau, Gräbschener Straße 45, oder direkt beim Verlag „Rote Fahne“, Gleiwitz, Hüttenstr. 2, für den Preis von 2,50 Mk. zu haben.

Partei-Literatur.

Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus. Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Die Gründer erlebten nur die erste und einzige Nummer dieser Zeitschrift, die während des Weltkrieges erschien. Erst nach dem Tode Mehrings und Luxemburgs wurde es ermöglicht, dieses wichtige theoretische Organ des Marxismus weiterzuführen. Aber auch während der Revolution war ein pünktliches Erscheinen nicht zu erreichen. Die Gründe sind wohl allgemein bekannt: sie liegen in den Verfolgungen der kommunistischen Partei.

Trotz all dieser Hindernisse und Hemmungen ist es aber gelungen, die Zeitschrift, wenn auch unregelmäßig, von Nummer zu Nummer weiterzuführen. Mit dem Ablauf dieses Jahres beendet sie ihren dritten Jahrgang.

Die Entwicklung der deutschen Revolution, ihr Ringen um den klaren und geistigen Ausdruck, erfordert mehr denn je Vertiefung und Sammlung. Mit dem 1. Januar 1922 wird „Die Internationale“ wöchentlich erscheinen. Getreu [illegible] Programm wird sie alle theoretischen und praktischen [illegible]agen der revolutionären — besonders der deutschen revo[lut]ionären — Bewegung aufrollen, zur Diskussion stellen und nach besten Kräften beantworten. Alle Fragen der großen — wie der Parteipolitik, unter Einschluß der Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Frauen- und Jugendbewegung, werden von ihr behandelt werden. Zu ihren Mitarbeitern zählen die führenden Personen der Partei wie der 3. Internationale. Aber auch den Stimmen aus der Arbeiterschaft selbst werden ihre Seiten zu jeder Zeit offen stehen.

Ferner wird sie sich im neuen Jahrgang mit allen kulturellen Fragen und Problemen beschäftigen.

Beihefte und Chroniken werden ihr den Raum geben, um bestimmte Gebiete im Zusammenhang zu behandeln. Endlich werden Bücherberichte und bibliographische Zusammenstellungen dem Leser ein Bild des historischen Geschehens seiner Zeit vermitteln.

Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, Leser dieser Zeitschrift zu sein und für sie zu werben.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Kommunistischen Jugendbewegung. Preis der Einzelnummer 75 Pfennige. Neu erschienen: Nr. 4. Aus dem Inhalt: Unsere Frühjahrsarbeit. — Die Jugend und die Gewerkschaften (Schluß). — Unsere Organisation. — Was lehrt uns das Ergebnis der Konferenz der Bezirksbildungsobleute? — Etwas über unsere alltägliche Arbeit. — Mitteilungen.

„Wer soll Steuern bezahlen?“ Eine einem jeden Genossen zu empfehlende Broschüre, die sich wegen ihrer Sachlichkeit besonders auch zur Propaganda unter der der KPD fernstehenden Arbeiterschaft eignet, ist die Schrift „Wer soll Steuern zahlen?“ von Karl Walther, herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Wasserkante. Der Preis beträgt 1,50 Mk. Zu beziehen ist die Broschüre, wie alle Literatur, durch unsere Bücherei Gräbschener Straße in Breslau.

Lokales.

Breslau. **Streik der Zeitungsausträgerinnen.**

Die Breslauer Zeitungsausträgerinnen sind am 1. Januar bei sämtlichen bürgerlichen Zeitungen in den Streik getreten. Nach den bürgerlichen Zeitungsmeldungen handelt es sich nicht um Lohnfragen, sondern nur darum, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband sich weigere, mit den Vertretern des christlichen Transport- und Fabrikarbeiterverbandes gemeinsam zu verhandeln. Nach unseren Informationen handelt es sich im wesentlichen darum, daß die bürgerlichen Zeitungsverleger sich weigern, entsprechend dem erhöhten Abonnementspreis und entsprechend der auch für die Austräger fühlbaren Teuerung, den Austrägerlohn zu erhöhen.

Die bürgerlichen Zeitungen versuchen durch Streikbrecher und Abgabestellen, ihren Abonnenten die Zeitungen zuzustellen. Wenn alle Ermahnungen und Aufrufe an die Arbeiter noch nicht bewirkt haben, daß große Teile der Arbeiterschaft die bürgerliche Presse hinauswirft, dann sollte das jetzige Vorgehen der bürgerlichen Presse den Arbeitern zu denken geben. Von einem Streikbrecher erhalten sie den „General-Anzeiger“ oder die „Morgenpost“ oder die „Schlesische Zeitung“, und empfinden nicht die Schmach, die sie sich selbst und ihren im Kampf stehenden Klassengenossinnen zufügen.

Schmeißt die bürgerliche Presse hinaus! Lest die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Nachfolgend den vierten Artikel über die Wohnungsfrage vom Presseamt des Breslauer Magistrat. Wir behalten uns vor, zusammenhängend auf diese Artikel einzugehen. Siehe Nr. 292, 294 und Nr. 1 der „Schles. Arbeiterzeitung“.

Das Gesetz und seine Wirkung.

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni d. J. (irreführend auch als „Mietssteuergesetz“ bezeichnet) bestimmt in den grundlegenden Sätzen des § 1, daß die Einkünfte aus dieser Steuer in erster Linie zur Verzinsung und Tilgung derjenigen Beträge dienen sollen, die für nach dem 1. Oktober 1920 begonnene Wohnungsbauten verwendet worden sind. Abgabeschuldner ist der Nutzungsberechtigte des Gebäudes oder Gebäudeteiles bei Untervermietung der Mieter. Steuerfrei bleiben alle für öffentliche Zwecke bestimmte Gebäude des Reichs, der Länder, der Gemeinden oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Darüber hinaus sind von der Abgabe befreit Gebäude, die den Zwecken eines Unternehmens dienen, dessen Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern, den Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zufließen, die für den Geschäftsbetrieb der Reichsbank dienenden Gebäude, die Gebäude wissenschaftlicher Forschungsinstitute und Museen, Gebäude, die religiösen Zwecken oder kirchlicher Arbeit dienen, die von Armen-, Waisen- oder öffentlichen Krankenhäusern benutzt werden, und endlich auch solche Gebäude, die den Zwecken eines die Volkswohlfahrt fördernden Unternehmens dienen, welches auf gemeinnütziger Grundlage betrieben oder unterhalten wird. Der Abgabe wird der jährliche Nutzungswert (Mietwert) der Gebäude oder Gebäudeteile nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. Sie beträgt 5 v. H. des Nutzungswertes. Die Gemeinden haben Zuschlag von 5 v. H. des Nutzungswertes zu der vom Lande erhobenen Abgabe zu erheben.

In Ergänzung dieser Bestimmungen hat der preußische Staat, gestützt auf die Ermächtigung des § 9, unter dem 22. November 1921 eine Verordnung erlassen, die zur Förderung des Wohnungsbaues die Erhebung eines Zuschlages zur staatlich veranlagten Gebäudesteuer vorsieht. Dieser Zuschlag beträgt 5 Prozent des jährlichen Nutzungswertes. Die Gemeinden haben dazu ihrerseits Zuschläge in mindestens gleicher Höhe zu erheben, deren Ertrag lediglich zur Wohnungsbeschaffung und Siedlung zu verwenden ist. Sie können aber auch höhere Zuschläge erheben. Wird ein Zuschlag bis zum Dreifachen des staatlichen Zuschlages erhoben, so ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten, wird eine darüber hinausgehende Erhöhung des gemeindlichen Zuschlages beschlossen, so ist die Genehmigung des Ministers für Volkswohlfahrt erforderlich. Auf dieser Rechtsgrundlage ist die Abgabe zu erheben.

Die Höhe des festzusetzenden Gemeindezuschlages wird davon abhängen, ob und in welchem Umfange der früher nachgewiesene Mindestbedarf von 110 000 000 M. im Wege der Aufnahme einer Anleihe oder im Wege der Kapitaldeckung aus der Gemeindeabgabe aufgebracht werden soll. Eine vollständige Kapitaldeckung erscheint ohne weiteres unmöglich, da sie einen Zuschlag in Höhe von mehr als 150 v. H. des staatlichen Gebäudenutzungswertes erfordern würde. Dagegen erscheint es aus finanz-politischen Rücksichten geboten, einen möglichst großen Teil der Mittel im Wege der Kapitaldeckung zu beschaffen. Das erscheint zunächst deshalb notwendig, weil die Unterbringung so großer Anleihebeträge in diesem und in späteren Jahren es unmöglich machen muß, die erforderlichen Beträge zu erträglichen Bedingungen auf langfristige Darlehen zu erlangen. Die Kapitaldeckung hat ferner den Vorteil, daß wenigstens ein Teil der Aufwendungen nicht mehr die kommenden Jahre durch die Notwendigkeit der Verzinsung und Tilgung belastet. Es trägt vielmehr dann die Gegenwart in angemessenem Umfange zur Beseitigung der Wohnungsnot bei und überläßt nicht in Wirklichkeit die Last ausschließlich der Zukunft. Ferner hat eine möglichst hohe Kapitaldeckung und eine infolgedessen notwendige Erhöhung des Prozentsatzes der Abgabe zwar die Folge einer nicht unerheblichen Steigerung der Mieten, aber zugleich die günstige Wirkung, daß damit die realierlichen Werte der Neubauten steigen, die für die Neubauten erforderlichen Zuschüsse infolgedessen verringert werden können. Aus allen diesen Gründen hat sich mehr und mehr die Ueberzeugung durchgesetzt, daß die ursprüngliche Auffassung, wonach die Abgabe in „erster Linie“ zur Verzinsung und Tilgung der für die Bauzuschüsse benötigten Mittel Verwendung finden solle, verfehlt ist, und daß man in weitestem Umfange zur Kapitaldeckung übergehen müsse. Deshalb hat insbesondere auch der Deutsche Städtetag in einer der Regierung übermittelten Entschließung hervorgehoben, daß die Abgabesätze wesentlich gesteigert werden müßten und zwar in einem solchen Maße, daß daraus die Kapitalaufwendungen für die notwendigen Neubauten und nicht bloß der Zins- und Tilgungsdienst bestritten werden können. Ebenso hat der Unterausschuß des 13. Ausschusses des Reichstages für Wohnungswesen in den von ihm herausgegebenen Richtlinien zu einem verstärkten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922 und 1923 betont: „Die Aufbringung der Mittel auf dem Wege der Anleihewirtschaft sollte erst dann erfolgen, wenn feststeht, daß die direkte Aufbringung des Bankapitals nicht zu erreichen ist“. Diesen Erwägungen konnte sich auch der Breslauer Magistrat nicht verschließen und sie waren für ihn maßgebend, als er in seiner Sitzung am 22. Dezember v. J. den Beschluß faßte, den gemeindlichen Zuschlag auf 45 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes festzusetzen.

Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß der Gebäudesteuernutzungswert nach dem Stande vom 1. Juli 1914 und die Friedensmiete durchaus nicht gleichzusetzende Begriffe sind, daß vielmehr der Nutzungswert hinter den Mieten wesentlich zurückbleibt. Wird zuzüglich des staatlichen Satzes von 5 Prozent insgesamt eine 50 prozentige Abgabe vom Nutzungswert erhoben, so dürfte dies im allgemeinen einem Zuschlage von etwa 35 Prozent bis 40 Prozent auf die Miete entsprechen. Ein solcher Betrag ist aber noch erträglich. Abgesehen davon, daß für weite Kreise der Bevölkerung die Möglichkeit zu einer Abwälzung oder eines Ausgleiches durch Lohnerhöhungen usw. besteht und daß für die Berücksichtigung besonderer Fälle, in denen die Erhebung der Abgabe eine unbillige Härte bedeuten würde, Vorsorge getroffen ist, ergibt sich das verhältnismäßig geringe Ausmaß der Neubelastung aus folgender Ueberlegung: Durch die Brotpreiserhöhung im Herbst v. J., die 1 M. für das Pfund betrug, hatte eine vierköpfige Familie einen jährlichen Mehraufwand von 832 M. zu leisten; die Erhebung eines Zuschlages von 50 Prozent zum Nutzungswerte wird sich in kleineren Wohnungen für die gleiche Kopfzahl in Beträgen von etwa 150 bis 200 M. im Jahre ausdrücken. Sie stellt also, gegenüber den Vorteilen, die sie im Gegensatz zu der bisherigen Art der Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau bietet, eine Abgabe dar, die ohne allzuschwere Benachteiligung des Einzelnen getragen werden kann.

Wenn die Wohnungsbauabgabe vielfach als „unsozial“ bezeichnet wird, so kann einer solchen Auffassung nicht beigepflichtet werden. Sozial unhaltbar ist vielmehr auf die Dauer der heutige Zustand, der unsere Bevölkerung je länger je mehr in zwei Gruppen scheidet: Die Wohnungslosen und die Wohnungsbesitzenden. Und ein Ausgleich ist nicht anders denkbar, als daß die Wohnungsbesitzenden einen Teil der Lasten übernehmen, die aus der Neubeschaffung von Wohnungen für die Wohnungslosen entstehen. Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues bietet das geeignetste Mittel dazu. Man wird es verstehen, daß der Magistrat diesen Weg beschreiten mußte und man wird erwarten dürfen, daß die Bürgerschaft seinen Beweggründen folgt.

Nieder-Hermsdorf.

Sammlung für inhaftierte Genossen.

Unterzeichneter ist beauftragt worden, Sammelgelder für die Familien der inhaftierten Genossen Kupper, Koßner und Mangold in Empfang zu nehmen und in der Schlesischen Arbeiter-Zeitung zu quittieren. Die Genossen sind anläßlich der vorjährigen Maifeier der weißen Justiz zum Opfer gefallen. Es gingen ein:

Am 10. Dezember	90 Mk.	aus der Zahlstelle Ober-Altwasser
„ 14. „	150 „	von den Funktionären der Zahlstelle Weißstein
„ 13. „	115 „	aus der Zahlstelle Neu-Salzbrunn
„ 13. „	100 „	aus der Zahlstelle Bärengrund
„ 22. „	50 „	aus der Zahlstelle Ob.-Hermsdorf

Summa 505 Mk.

Diese Gelder sind zur Verteilung gelangt und es wird den Spendern an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen. Rud. Scholz.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau. Sämtliche Distriktskassierer müssen bis 6. Januar beim Hauptkassierer abgerechnet haben.

Distrikt 7 und 9a. Freitag, abend 7 Uhr, wichtige Distriktsversammlung. Jeder Genosse mit seiner Frau erscheine.

KPD. Stabelwitz. Donnerstag, 5. Januar, abends 7 Uhr, in der „Fichte“: Mitglieder-Versammlung.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Offener Brief an den Polizeipräsidenten.

Nachdem ich bereits zweimal der zur Bekämpfung des Wuchers zuständigen Behörde, dem Polizeipräsidium, vergeblich Kenntnis davon gegeben habe, daß der Bäckermeister Knauer, Viktoriastraße, uns zum Preise von markenfreien Semmeln schwarze Semmeln verkauft, teile ich Ihnen mit, daß ich, da die Behörde versagt (denn heute erhielten wir wieder statt weißer schwarze Semmeln), zur Selbsthilfe greifen werde! Ich bin der Ansicht, daß Herr Knauer bei gutem Willen der Behörde gezwungen werden kann, für das gleiche Geld die gleiche Ware wie andere Bäckermeister zu liefern. Schreitet die berufene Behörde nicht ein, so macht sie sich nicht nur der Beihilfe des Betruges, sondern auch der Nötigung zur Selbsthilfe schuldig.

Kremser, Justizobersekretär a. D., Yorkstraße 13.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Zschocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Päffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
[illegible] Tel. R. 2595
[illegible] und täglich 7½ Uhr:
Die Tangogräfin.
[illegible] nachm. 3½ Uhr:
Schwarzwaldmädel.

Wiederverkäufer
[kaufen] billig und gut Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei
J. Lehnert, Breslau
Poststraße 7.
[illegible] p. 11.0 M. [illegible]
Preisliste gratis.

Parteigenossen
decken ihren gesamten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugendschriften, Unterhaltungslektüre
in der
Kommunistischen Bücherei
Breslau, Gräbschenerstraße 45.

Genossen!
kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.

Wandkalender
der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse nach der November-Revolte
auf extrastarkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.—
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaistraße 43/50 I.

Ein neues Buch von Andersen-Nexö!
Soeben erschienen:
Die Passagiere der leeren Plätze
(Andersen-Nexö)
Preis broschiert 12.00 Mk.
Zu beziehen durch die
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Straße 45.
Auswärts per Nachnahme.

Wichtig f. Brautpaare.
2 tür. Schrank, mod. 780
2 tür. Vertikow m. Spgl. 790
1 Tisch mit Schublade 180
2 Stühle à 45 90
2 Bettstellen m. Patent- u. Auflege-Matr. 1400
1 Küche, 7 teil., mod. 1000
Alles zus. Mk. 4250
M. Giesel, Breslau,
Brüderstrasse 23.

Zahle für alte
Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Kohlenstraße 8.

Möbliertes Zimmer
für Parteigenossin sofort gesucht. Bezirksleitung, Nikolaistrasse 49 5a.